

Ihre Gesprächspartner:innen

Andreas Stangl
MMag.^a Heidemarie Staflinger

Präsident der AK Oberösterreich
Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und
Gesellschaftspolitik der AK OÖ

**Angehörigenpflege und Berufstätigkeit
besser vereinbar machen – Es gibt noch viel zu tun**

Pressekonferenz

Freitag, 11. Oktober 2024, 10:00 Uhr
Arbeiterkammer Linz

Pflegende Angehörige finden Rahmenbedingungen vor, die ihnen die Vereinbarkeit mit ihrem Beruf massiv erschweren. In der Studie „Angehörigenpflege und Berufstätigkeit in Oberösterreich“ hat die AK OÖ gemeinsam mit dem Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung pflegende Angehörige befragt, wie es ihnen geht, und dabei die zentralen Herausforderungen erhoben. Die Studie liefert Zahlen, aber auch Einschätzungen zu den Belastungen und Vorschläge, wie Betroffene unterstützt werden können.

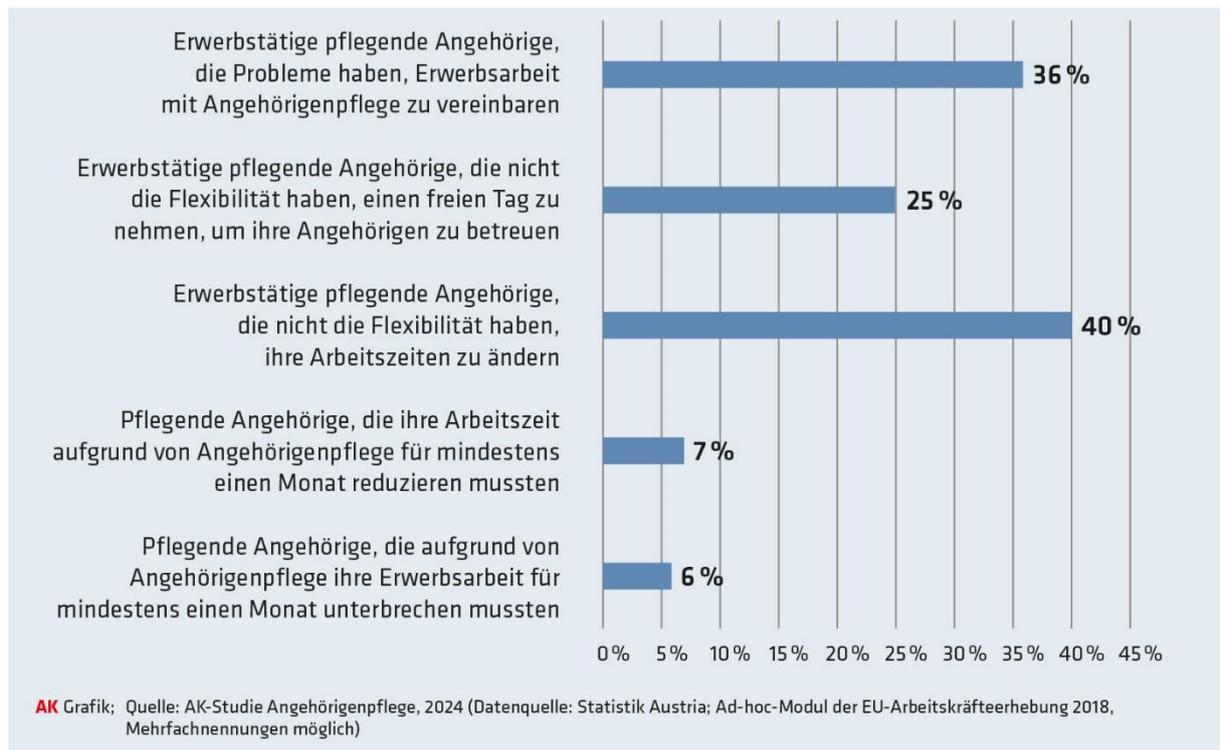
Daten und Fakten zu pflegenden Angehörigen

Die Definition: *„Pflegende Angehörige sind Personen, die für Menschen mit Pflege-, Betreuungs- oder Unterstützungsbedarf in ihrem nahen Umfeld sorgen, wie beispielsweise ältere, behinderte oder schwerkranke Familienmitglieder.“*

- In Oberösterreich gab es zum Jahresende 2023 69.987 Bezieher:innen von Pflegegeld. Rund 80 Prozent davon leben daheim, fast jeder: Vierte ohne professionelle Dienste. Pflegende Angehörige sind oft die einzige Unterstützung.
- Bis zu 167.000 Oberösterreicher:innen zwischen 20 und 64 Jahren sind pflegende Angehörige.
- Pflege ist immer noch Frauensache: 61,2 Prozent der pflegenden Angehörigen sind weiblich.
- Bis zu 20,4 Prozent aller Erwerbstätigen und bis zu 19,3 Prozent aller Arbeitslosen sind pflegende Angehörige.
- Eine meist weniger ausgebaute professionelle Pflege am Land führt dazu, dass hier Menschen häufiger Angehörige pflegen als in Ballungszentren. 41,4 Prozent der pflegenden Angehörigen leben in Regionen mit niedriger Bevölkerungsdichte, 32,7 Prozent in Regionen mit mittlerer Dichte, und nur 25,9 Prozent in Regionen mit hoher Dichte.

Ein Wohnort mit wenigen Angeboten im ländlichen Raum und/oder ein geringes Einkommen erhöht die Wahrscheinlichkeit, Angehörige selbst pflegen zu müssen. Menschen mit niedrigen Einkommen tun sich schwerer als Besserverdienende, Erwerbs- und Pflegearbeit vereinbaren zu können und müssen daher häufiger für die Pflege ihren Job aufgeben. Je geringer das Einkommen, desto höher ist der Frauenanteil an den pflegenden Angehörigen.

PFLEGENDE ANGEHÖRIGE KÄMPFEN MIT VIELEN PROBLEMEN



Mehr als jede:r dritte erwerbstätige pflegende Angehörige gibt an, Probleme zu haben, Job und Pflege zu vereinbaren. Zwei von fünf geben an, nicht die Flexibilität zu haben, ihre Arbeitszeiten so zu ändern, dass sie ihren Pflegeaufgaben gerecht werden können.

Hauptgründe dafür sind (Mehrfachnennungen möglich):

- unvorhersehbare oder ungünstige Arbeitszeiten (26,4 Prozent)
- anstrengende Arbeit (22 Prozent)
- lange Arbeitszeiten (18,9 Prozent)
- langer Arbeitsweg (17,8 Prozent)
- mangelnde Unterstützung durch den Arbeitgeber (9,4 Prozent)

5,7 Prozent der pflegenden Angehörigen mussten ihre Erwerbsarbeit aufgrund ihrer Pflegeverantwortung bereits einmal für mindestens einen Monat unterbrechen. 6,7 Prozent mussten ihre Arbeitszeiten bereits einmal für mehr als einen Monat reduzieren. In beiden Fällen sind ungefähr zwei Drittel davon Frauen.

Zitat einer pflegenden Frau: „*Ich möchte voll gerne wieder arbeiten. Ich habe nicht umsonst studiert. Ich habe nicht umsonst meine Arbeitserfahrung gemacht.*“

Mehr Arbeitszeitflexibilität würde vieles einfacher machen

Laut Arbeitsklima Index der AK fühlen sich 23,8 Prozent der männlichen und 24 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen, die Angehörige pflegen, durch Zeitdruck in der Arbeit „sehr stark“ belastet. Bei erwerbstätigen Personen, die keine Angehörigen pflegen müssen, sind diese Zahlen deutlich niedriger (8,9 Prozent der Männer und 9,9 Prozent der Frauen).

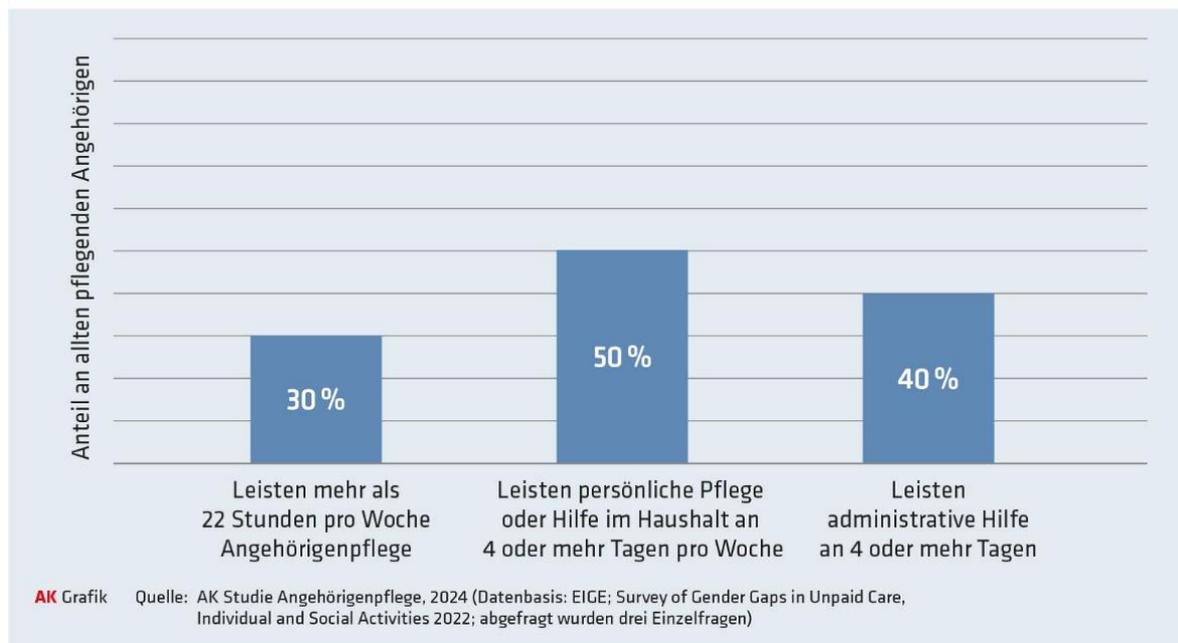
Zitat einer Teilnehmerin an der AK-Frauenumfrage 2023: *„Die Care-Arbeit muss bei der Berechnung der Pensionshöhe, beim Arbeitslosengeld und bei den Sozialleistungen entsprechend berücksichtigt werden.“*

Die Angehörigenpflege besser in den Pensionszeiten abzubilden, ist daher ein großes Anliegen vieler pflegender Angehöriger. Die AK OÖ fordert daher, dass die Kindererziehungs- und Pflegekarenzzeiten für die Teilpflichtversicherung am Pensionskonto auf die Höhe des Medianeinkommens aller Vollzeitbeschäftigten angehoben werden. Auch müssen Zeiten der Arbeitslosigkeit am Pensionskonto höher bewertet werden. Außerdem sollte die nächste Regierung bei den Pensionsberechnungen einen Aufwertungsfaktor („Gender-Pay-Gap-Faktor“) einführen, durch den die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt nicht in die Pension übertragen wird. Die Einführung eines Aufwertungsfaktors, der die individuellen jährlichen Beitragsgrundlagen der Frauen um den Gender Pay Gap gegenüber der jährlichen Durchschnittsbeitragsgrundlage der Männer erhöht, würde – wie eine von der AK in Auftrag gegebene WIFO-Studie bestätigt – den Gender Pension Gap deutlich reduzieren.

Aufgaben pflegender Angehöriger

Die Aufgaben pflegender Angehöriger lassen sich in keine Schablone pressen, sondern sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von Hilfe bei der Körperpflege über alltägliche Erledigungen wie Einkaufen, Behördengänge, Begleitung zum Arzt, Haushaltsführung und Organisation von Pflegediensten bis zur Unterstützung bei der sozialen Teilhabe im familiären und gesellschaftlichen Umfeld.

ZEITAUFWAND FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE



Sehr viele pflegende Angehörige leiden unter zeitlichen und emotionalen Belastungen sowie fehlender Freizeit. Fehlende Erholung wiederum mindert die Arbeitsleistung und hat auf Dauer häufig gesundheitliche Folgen.

Zitat einer Frau, die ihren Vater gepflegt hat: *„Ich habe in der Arbeit einfach keine ruhige Minute mehr gehabt.“*

Anpassung der Erwerbsarbeit führt zu Verlusten an Einkommen und Pension

Unter den derzeitigen Bedingungen passen pflegende Angehörige meist die Erwerbsarbeit an, um die Pflege meistern zu können. Sie reduzieren Stunden, suchen sich eine nähergelegene Arbeitsstelle (teils unter ihrer ursprünglichen Qualifikation) und verzichten dabei häufig auf Einkommen – oft mit Folgewirkungen auf die Pension.

Zitat einer Frau, die ihr beeinträchtigtes Kind pflegt: *„Ich habe mir alles so gerichtet, dass es für meine Tochter passt. Nicht, dass es für mich passt. Da mache ich nicht meine Traumjobs [lacht] und da habe ich auch nicht den Lohn, den ich vielleicht haben möchte.“*

In Unternehmen fehlt oftmals das Verständnis für die hohe Belastung pflegender Mitarbeiter:innen. Oft sind weder die arbeits- und sozialrechtlichen Möglichkeiten klar kommuniziert, noch gibt es Unterstützung am Arbeitsplatz. Pflegende Angehörige versuchen

dann häufig sehr lange, Berufstätigkeit und Angehörigenpflege zu vereinen. Teils reduzieren sie nach und nach ihre Stunden, bis sie letztendlich ihre Erwerbsarbeit komplett einstellen müssen.

Pflegende Angehörige bekommen oft selbst Gesundheitsprobleme

Pflegende Angehörige schätzen laut AK-Arbeitsklima Index ihren Gesundheitszustand schlechter ein als jene, die das nicht tun (müssen). Betroffene berichten, dass sie aufgrund der Angehörigenpflege nicht mehr in ihren ursprünglichen Berufen arbeiten konnten, weil das für sie physisch und/oder psychisch nicht mehr zu bewältigen war. Fast jede:r Dritte hält ein Durchhalten bis zum Regelpensionsalter für sehr oder eher unwahrscheinlich.

Eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten, die nicht immer ankommen

Um pflegende Angehörige zu unterstützen, gibt es unterschiedliche Maßnahmen, wie etwa Pflegekarenz, Pflegefreistellungen, aber auch Sachleistungen wie mobile und stationäre Langzeitpflege sowie Community Nurses. Fast ein Drittel (31,7 Prozent) der Befragten gibt aber an, dass die von ihnen betreute Person die benötigten professionellen Pflegeleistungen nicht in ausreichendem Maße erhält. Als größtes Hindernis werden zu hohe Kosten genannt (35 Prozent), gefolgt von schlechter Zugänglichkeit (27 Prozent), keiner Anspruchsberechtigung (27 Prozent), mangelnder Verfügbarkeit (17 Prozent) und nicht passender Qualität (7 Prozent). Vielen pflegenden Angehörigen sind die Möglichkeiten auch immer noch zu wenig bekannt. Häufig erleben pflegende Angehörige den bürokratischen Aufwand der Antragstellung als große Hürde oder sie fühlen sich von Gutachter:innen, die über das Pflegegeld entscheiden, unfair behandelt.

Zitat einer 35-Jährigen, die ihre Eltern pflegt und mittlerweile den Beruf aufgegeben hat:
„Man muss extrem dranbleiben. Ämter sind grundsätzlich so, dass sie einen eher abwimmeln, als dass sie einen unterstützen.“

Hinzu kommt, dass es manche Angebote nur in bestimmten Regionen gibt. Und wenn es Angebote gibt, entsprechen die Öffnungszeiten oft nicht den Anforderungen der Arbeitswelt. In Oberösterreich fehlen auch geeignete Schul- und Betreuungsplätze für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen.

Zitat einer berufstätigen Frau, die ihr Kind mit Beeinträchtigung pflegt: *„Wenn Ferien sind, dann ist einfach nichts da.“*

Gute Pflege braucht mehr Geld

Geldleistungen, wie z.B. das Pflegegeld, Pflege- und Hospizkarenzgeld, steuerliche Absetzbeträge, Förderungen für die 24-Stunden-Betreuung und seit kurzem der Angehörigenbonus, sollen Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Angehörige finanziell entlasten. Viele Betroffene schildern diese Leistungen aber als „Tropfen auf den heißen Stein“, weil die Kosten für Medikamente, Hilfsmittel, Therapien viel höher sind und nur zum Teil durch die Krankenversicherung getragen werden. Das Pflegekarenzgeld von 55 Prozent des letzten Netto-Einkommens reicht oft nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken. Ähnliches gilt für das Pflegegeld.

Informationsdschungel muss dringend verbessert werden

Informationen im Internet können für bestimmte Personengruppen hilfreich sein. Die Vorstellung, alle Betroffenen könnten sich Informationen selbst im Internet zusammensuchen oder Anträge online stellen, ist aber unrealistisch. Der Wunsch vieler pflegender Angehöriger ist eine Stelle, bei der sie alle relevanten Infos rund um Angehörigenpflege bekommen.

Die Forderungen der Arbeiterkammer Oberösterreich

Pflegende Angehörige brauchen mehr politische Aufmerksamkeit

- Die EU hat bereits 2022 eine europäische Care-Strategie verabschiedet, die Österreich vorschlägt, einen nationalen Aktionsplan für pflegende Angehörige auszuarbeiten. Der Bund ist hier säumig und muss endlich aktiv werden.

Notwendige Verbesserungen im Arbeitsrecht

- Wir benötigen das Recht auf einen Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit.
- Ausdehnung von Pflegefreistellungsansprüchen für Jugendliche mit Beeinträchtigungen bzw. Erwachsene.
- Die Pflegefreistellung außerhalb des eigenen Haushaltes muss auch auf Schwiegereltern und -kinder sowie auf Patchworkfamilien ausgedehnt werden.

Angebote und sozialrechtliche Absicherung verbessern:

- Entwicklung spezifischer Maßnahmen für die Rückkehr in die Erwerbstätigkeit nach einer Phase der Angehörigenpflege (etwa aktive Arbeitsmarktpolitik, Absicherung des Übergangs vom Status des/der pflegenden Angehörigen in die Erwerbsarbeit).
- Pflegekarenzzeiten müssen im Pensionskonto höher bewertet werden – mit der Höhe des Medianeinkommens aller Beschäftigten.

- Verbesserungen beim Pflegegeld und bei der Begutachtungspraxis in Pflegegeldverfahren
- Das existenzsichernde Pflege- und Hospizkarengeld deutlich erhöhen
- Die Bürokratie muss bei der Beantragung von Leistungen abgebaut werden: verkürzte Wege, zentrale Anlaufstellen, einfachere Sprache.
- Es braucht Verbesserungen in der Arbeitslosenversicherung und beim AMS: mehr Rücksicht auf Pflegeverpflichtungen, erworbene Kompetenzen bei Bildungsangeboten beachten und mehr Unterstützung bei der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt. Dafür braucht das AMS auch ausreichend Ressourcen.

Ausbau der Unterstützungsangebote

- Professionelle Dienste der Pflege (inkl. Rechtsanspruch) ausbauen
- Kostenlose Kurzzeitpflege, Tageszentren und Entlastungsdienste ausbauen
- Einen „Angehörigen-Notruf“ in Akutsituationen einrichten

Ausbau von Angeboten für Kinder und Jugendliche

- Qualitativ hochwertige und personell gut besetzte Plätze für beeinträchtigte Kinder flächendeckend ausbauen
- Rechtsanspruch auf Schulbesuch von Kindern mit Beeinträchtigung bis zum 12. Schuljahr
- Professionelle Angebote für Young (Adult) Carer ausbauen

Ausbau der Gesundheitsangebote

- Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigungen als öffentliche Gesundheitsversorgung
- Die psychische Versorgung für pflegende Angehörige und Reha-Leistungen ausbauen

Betriebe müssen Verantwortung besser nachkommen

- Wir benötigen betriebliche Angebote zur Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit unter Einbindung der Betriebsrät:innen.

Die Studie

Kadi, Pot, Simmons, Leichsenring, Staflinger, (2024). *Angehörigenpflege und Berufstätigkeit in Oberösterreich: Ausgangssituation und Handlungsbedarf*. Arbeiterkammer Oberösterreich & Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung:

Hier der Link zur Studie:

https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/KOM_2024_Angehorigenpflege-und-Berufstaetigkeit-in-OOE.pdf